

akut



Klares Nein zur Schließung der Bereitschaftspolizei Schifferstadt!

Ein klares Nein kommt von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Rheinland-Pfalz zur von Innenminister Roger Lewentz angedachten, wenn nicht gar bereits beschlossenen Schließung des Bereitschaftspolizeistandorts in Schifferstadt.

In einem Schreiben an den Innenminister hat die DPoIG aufgezeigt, dass eine Aufgabe dieses Standorts bereits aus rein polizeifachlichen Gesichtspunkten nicht in Erwägung gezogen werden darf.

Bei zurückliegenden Reformen der Polizei insgesamt wie auch der Bereitschaftspolizei im Speziellen wurde nie ein Zweifel daran gelassen, dass in jedem Präsidialbereich des Landes auch die Bereitschaftspolizei präsent sein muss. Das gebieten bereits die vielen Verzahnungen zwischen Polizeieinzeldienst und Bereitschaftspolizei. Aber auch die taktischen Reaktionszeiten bei entsprechenden Einsatzlagen gebieten eine möglichst kurze Reaktionszeit, die mit einer Standortaufgabe verloren ginge.

Die DPoIG will das Thema möglichst schnell in einem Gespräch mit dem Innenminister erörtern.

Landesvorsitzender Werner Kasel:

„Es spricht bei sorgfältiger Überlegung alles gegen eine Schließung des Standortes Schifferstadt. Taktische wie organisatorische Bedenken mit schwerwiegenden Folgen und nicht zuletzt die Situation der Beschäftigten lassen einen solchen Schritt aus unserer Sicht nicht zu. Wer hier spart, spart wieder einmal kopflos. Und kopfloses Sparen gefährdet die Innere Sicherheit.“